

- 2 **Wohnen** Der Staat muss bauen
- 3 **Altenpflege** Viel Verantwortung, wenig Geld
- 4 **Finanzinvestoren** Autozulieferer unter Druck
- 6 **Demokratie** Europa muss mehr sein als ein Markt
- 7 **Europa** Mehr Jobs, aber schlechtere

RENTE MIT 67

Die Schwächsten trifft es am härtesten

In den kommenden Jahren wird das Renteneintrittsalter steigen – damit könnte auch die Ungleichheit im Alter zunehmen.

Länger arbeiten, später in den Ruhestand – darauf müssen sich die Menschen einstellen. Das tatsächliche Renteneintrittsalter, das aktuell im Schnitt bei gut 64 Jahren liegt, wird bis zum Beginn der 2030er-Jahre um bis zu anderthalb Jahre ansteigen. Das zeigt eine aktuelle Prognose des DIW, gefördert von der Hans-Böckler-Stiftung. Das wesentliche Ziel der Rente mit 67, nämlich die Verlängerung der Lebensarbeitszeit, wäre damit erreicht. Aber: „Den entlastenden fiskalischen Wirkungen stehen große sozialpolitische Risiken gegenüber“, schreiben die DIW-Wissenschaftler.

Wer nicht bis zur Regelaltersgrenze durchhält, etwa aus gesundheitlichen Gründen oder weil er keinen Job findet, muss mit deutlichen Abschlägen bei der gesetzlichen Rente rechnen – schließlich hat er auch weniger Rentenbeiträge eingezahlt. Bei einer Anhebung der Altersgrenze könnten Frührentner noch weiter zurückzufallen, da sich ihr Rückstand zu denjenigen, die künftig länger arbeiten, vergrößert. Beispiel: Aktuell verfügt eine Person, die nach mehr als zwei Jahren Erwerbslosigkeit in die Rente wechselt, im Schnitt über ein zehntel geringeres Haushaltseinkommen als jemand, der bis zum Renteneintritt erwerbstätig ist. Im Jahr 2032 – bis dahin wird die Anhebung der Altersgren-

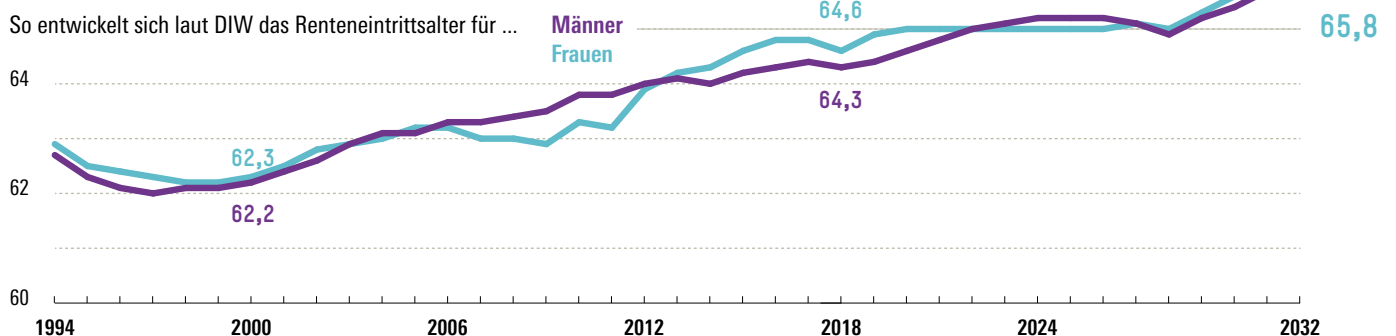
ze auf 67 Jahre abgeschlossen sein – würde die Lücke je nach Arbeitsmarktentwicklung laut DIW auf 16 bis 17 Prozent wachsen. Besonders betroffen seien Menschen mit geringer Bildung oder körperlich anstrengenden Tätigkeiten. Am besten könnten sich Hochqualifizierte und Personen mit stabilen Beschäftigungsverhältnissen anpassen.

Menschen, die im höheren Erwerbsalter arbeitslos werden, hätten „ein überdurchschnittlich hohes Risiko eines prekären Übergangs in den Ruhestand“, schreiben die Forscher. Zumal künftig nicht nur die Altersgrenze angehoben, sondern gleichzeitig auch das Niveau der gesetzlichen Renten sinken werde. Dadurch steige das Armutsrisiko zusätzlich. Nur bei einer sehr günstigen weiteren Arbeitsmarktentwicklung würden weniger Menschen aus Arbeitslosigkeit in die Rente wechseln. „Neben der Frage, wie man den Arbeitsmarkt für Ältere so gestaltet, dass es für viele Menschen möglich ist ihre Erwerbstätigkeit lange auszuüben, steht die Frage der Absicherung bei langfristigen Erwerbsunterbrechungen“, so das Fazit der Wissenschaftler. <

Quelle: Hermann Buslei, Patricia Gallego-Granados, Johannes Geyer, Peter Haan: Rente mit 67: der Arbeitsmarkt für Ältere wird entscheidend sein, DIW-Wochenbericht 16 + 17/2019, April 2019
Download: bit.do/impuls1516

Später in Rente

So entwickelt sich laut DIW das Renteneintrittsalter für ...



Der Staat muss bauen

Um der Wohnungsmisere Herr zu werden, müssen neue Sozialwohnungen gebaut werden. Deren Bestand ist in den vergangenen 30 Jahren rapide gesunken.

Gut eine Million Sozialwohnungen gibt es heute in Deutschland. 1987 waren es in der alten Bundesrepublik noch fast viermal so viele. Darauf macht ein aktueller Report der Hans-Böckler-Stiftung aufmerksam. Begonnen hat der Schrumpfungsprozess der Analyse zufolge bereits 1988, als die damalige Bundesregierung das Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetz aufhob. Bis dahin waren Wohnungsgesellschaften von der Steuer befreit, deren Geschäftsmodell nicht in der Renditemaximierung, sondern in der Versorgung der Bevölkerung mit Wohnraum bestand. Das Steuerprivileg war mit der Bedingung verknüpft, dass die Gewinne eine bestimmte Marge nicht überschreiten durften. Hinzu kommt: Der Bestand von Sozialwohnungen sinkt automatisch, wenn keine neuen mehr gebaut werden. Denn nach 20 bis 30 Jahren läuft die Sozialbindung meist aus. Vermieter, die ihre Wohnungen – als Gegenleistung für öffentliche Fördermittel – nur zu festgelegten Mietpreisen an Personen mit geringen Einkommen vermieten durften, sind nach Ablauf der Frist an keine Auflagen mehr gebunden. Zum „schleichenden Abschied aus dem sozialen Wohnungsbau“, so Hilmar Höhn, der Autor des Reports, sei es auch gekommen, weil „die Mieten auf

Dauer ein erträgliches Maß erreicht zu haben schienen“, nachdem sich in den 1990er-Jahren die Einschätzung verbreitet hatte, Deutschland sei „fertig gebaut“. Die damaligen Bevölkerungsprognosen ließen vermuten, dass es bald zu viele statt zu wenige Wohnungen geben würde.

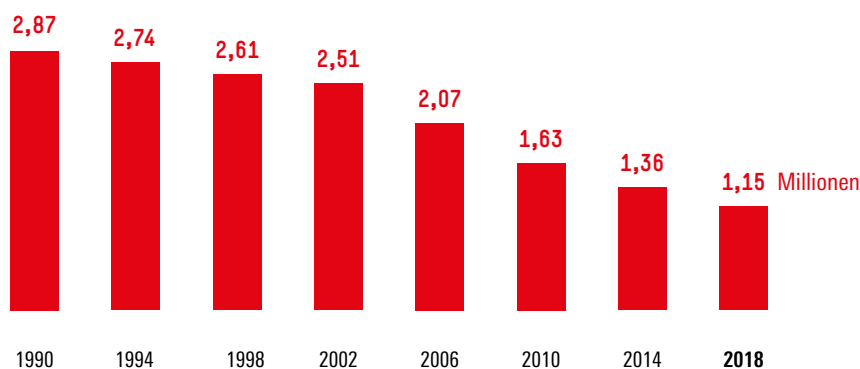
Das war ein großer Irrtum, konstatiert Höhn. Tatsächlich fehlen in Deutschlands Metropolen heute 1,9 Millionen bezahlbare Wohnungen, wie eine von der Hans-Böckler-Stiftung geförderte Studie des Stadtsoziologen Andrej Holm ermittelt hat. Damit habe sich „ein gewaltiger Problemberg aufgetürmt“, den abzutragen Jahre dauern werde. Die Wiederbelebung des sozialen und gemeinnützigen Wohnungsbaus sei dabei ein entscheidendes Element. Dass der freie Markt das Wohnungsproblem nicht löse, habe sich inzwischen gezeigt: Viele einst in gemeinnütziger Regie gebaute Wohnungen sind heute zum Spekulationsobjekt von Finanzinvestoren geworden und für Normal- oder Geringverdiener kaum mehr erschwinglich. Auch gewisse Marktkorrekturen durch Wohngeld, Förderprogramme oder

Mietpreisbremse kratzen nur an der Oberfläche. Nötig sei vielmehr, dass der „Markt zugunsten des Gemeinwohls zurückgedrängt werde“, wie es Stadtsoziologe Holm formuliert. Die „am Markt mächtigsten Akteure“, die großen, renditeorientierten Wohnungsgesellschaften, müssten „ein demokratisches Gegengewicht“ bekommen.

Aber wie soll das konkret geschehen? Noch haben Bund, Länder und Kommunen nach Holms Einschätzung einen starken Hebel, um in die Wohnungsmärkte einzugreifen: Sie verfügen vielerorts über Grundstücke, die für sozialen Wohnungsbau genutzt werden könnten – anstatt sie meistbietend zu verkaufen. Allein in Berlin habe der Bund 1000 Grundstücke, von denen bislang nur ein Viertel zum Woh-

Geschrumpfter Bestand

So viele Sozialwohnungen gab es in Deutschland ...



Quelle: Höhn 2019 Grafik zum Download: bit.do/impuls1519

Hans Böckler
Stiftung

nen genutzt werde. Eine neue Initiative zum sozialen Wohnungsbau sollte natürlich frühere Fehler vermeiden. Vor allem die zeitliche Befristung der Sozialbindung, dank derer Sozialwohnungen bislang „eigentlich Eigentumswohnungen im Wartestand“ waren. Ein nennenswerter Marktanteil gemeinnütziger Anbieter würde auch auf den Wohnungsmarkt insgesamt ausstrahlen, erwartet Holm. „Dann sind Wohnungssuchende nicht mehr gezwungen, die astronomischen Preisvorstellungen von Investoren zu bedienen.“

Nicht die Maximierung von Investorenrenditen oder die Sanierung kommunaler Haushalte, sondern die „Versorgung aller Bevölkerungsgruppen mit ausreichendem Wohnraum und humanerer Städtebau müssen die Hauptziele der Bodenpolitik“ sein. So stand es 1971 im Grundsatzprogramm der FDP. Das erscheint heute revolutionär, so der Böckler-Report. <

Quelle: Hilmar Höhn: Bauen für eine demokratische Stadt, Report der Hans-Böckler-Stiftung, Februar 2019 Download: bit.do/impuls1518

Viel Verantwortung, wenig Geld

Die Altenpflege liegt bei den Löhnen weit zurück. Um den Fachkräftemangel in den Griff zu bekommen, braucht es dringend eine Aufwertung.

Gemessen an Verantwortung, Anforderungen und notwendigen Qualifikationen sind Pflegeberufe relativ niedrig bezahlt – trotz einiger Verbesserungen in letzter Zeit. Das gilt insbesondere für die Altenpflege: Während vollzeitbeschäftigte Fachkräfte der Gesundheitspflege in Krankenhäusern gut 3340 Euro brutto im Monat verdienen, kamen Fachkräfte in der Altenpflege 2017 im Mittel nur auf rund 2740 Euro. Das entspricht etwa 85 Prozent des mittleren Verdienstes für alle Berufe in Deutschland. Bei Hilfskräften in der Altenpflege sind es etwa 1940 Euro pro Monat – knapp 61 Prozent dessen, was Vollzeitbeschäftigte im Mittel verdienen. Zwar sind die Löhne in der Altenpflege zwischen 2012 und 2017 etwas stärker gestiegen als in anderen Berufsgruppen. Trotz-

Im unteren Fünftel der Lohnverteilung sieht es besonders düster aus: In der ambulanten Pflege liegen die Einkommen der vollzeitbeschäftigten Hilfskräfte am unteren Ende der Lohnskala unter 1560 Euro im Monat und damit im Bereich des allgemeinen Mindestlohns. „Eine Zahl, die an Brisanz gewinnt, verdeutlicht man sich, dass 67 Prozent der Hilfskräfte in der Altenpflege in Teilzeit arbeiten und deshalb noch einmal niedrigere Einkommen erzielen“, so IAT-Expertin Evans.

„Die Beschäftigten im gesellschaftlich enorm wichtigen Tätigkeitsfeld der Altenpflege tragen ein überdurchschnittliches Risiko, trotz Arbeit arm zu sein“, konstatiert Ludwig. Das stelle eine schwere Hypothek für die Arbeitskräftesicherung in der Altenpflege dar – und damit für die gesamte Wirtschaft und Gesellschaft. Denn mehr und mehr Erwerbstätige seien gleichzeitig pflegende Angehörige.

Um die Abwanderung der Fachkräfte abzuwehren, braucht es nach Analyse der IAT-Expertinnen eine arbeitspolitische Strategie zur Aufwertung der Altenpflege. Teil dieser Strategie müsse es sein, durch flächendeckende tarifliche Mindeststandards faire Wettbewerbsbedingungen herzustellen. Zusätzlich müssten aber auch die Personalbemessung, verlässliche Arbeitszeiten, berufliche Qualifizierung und die Einführung digitaler Technik angegangen werden. Die dafür notwendige Datengrundlage könne ein neu einrichtendes Berichtssystem zur Verdienst- und Personalstrukturentwicklung in der Altenpflege liefern.

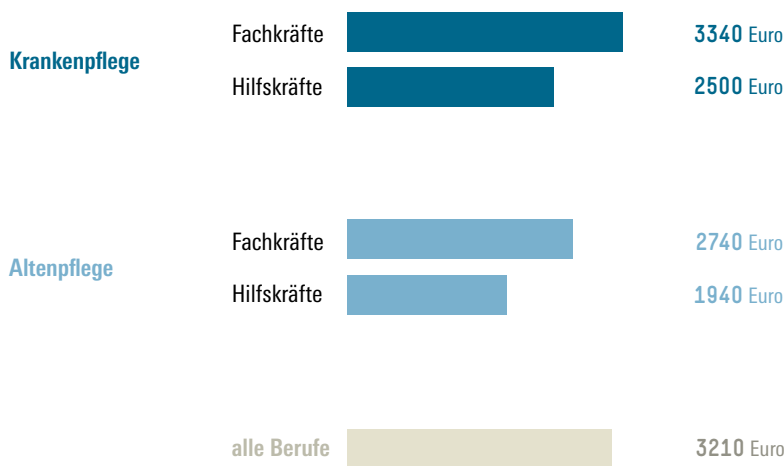
Zudem müssten die gesetzlichen Vorgaben für die Refinanzierung von Lohnerhöhungen in der Branche geändert werden. Wenn die Beschäftigten besser bezahlt werden, schlage das bislang direkt auf die Eigenbeiträge der Gepflegten durch, weil die Pflegeversicherung Lohnerhöhungen nicht übernimmt. Durch diesen Mechanismus würden die Löhne in der Altenpflege „faktisch auf relativ niedrigem Niveau ausgebremst“, erklären die Wissenschaftlerinnen.

Das Ziel, die Löhne in der Altenpflege der Bezahlung in der Krankenpflege anzunähern, sei auch deshalb besonders drängend, weil durch die Reform der Ausbildung für Pflegeberufe alle Azubis zunächst mit einer „generalistischen“ Ausbildung beginnen und sich erst im zweiten Schritt für eine Spezialisierung entscheiden. Sie dürften sich also doppelt fragen, warum sie sich für einen Bereich mit schlechteren Verdienstmöglichkeiten entscheiden sollten. <

Quelle: Michaela Evans, Christine Ludwig: Zwischen Aufwertung, Abwertung und Polarisierung, Working Paper der Forschungsförderung der Hans-Böckler-Stiftung Nr. 128, März 2019
Download: bit.do/impuls1521

Zu wenig für die Altenpflege

So hoch waren 2017 die mittleren Brutto-Monatslöhne* im Bereich ...



* Medianlohn der sozialversicherungspflichtigen Vollzeitbeschäftigten
Quelle: Evans, Ludwig 2019 Grafik zum Download: bit.do/impuls1520

dem haben sie im gesamtwirtschaftlichen Vergleich nur moderat aufgeholt. Zu diesen Ergebnissen kommt eine von der Hans-Böckler-Stiftung geförderte Studie des Instituts Arbeit und Technik (IAT) an der Hochschule Gelsenkirchen.

Die Autorinnen Michaela Evans und Christine Ludwig haben die repräsentative Beschäftigtenstatistik der Bundesagentur für Arbeit für die Jahre 2017 und 2012 ausgewertet. Ihrer Analyse zufolge schwanken die Entgelte von Altenpflegekräften sehr stark nach Region und Art der Pflegeeinrichtung. So ist die Bezahlung in Krankenhäusern deutlich besser als in Senioreneinrichtungen oder der ambulanten Pflege – auch, weil in Kliniken häufiger ein Tarifvertrag gilt. Besonders niedrig sind die Löhne in der ambulanten Altenpflege, wo besonders selten nach Tarif gezahlt wird.

Autozulieferer unter Druck

Finanzinvestoren haben etliche Automobilzulieferer übernommen. Statt auf Mitbestimmung und Nachhaltigkeit setzen sie oft auf Konfrontation und schnelle Profite.

Deutsche Unternehmen sind weltweit stark nachgefragt: Private-Equity-Gesellschaften haben zwischen 2000 und 2016 allein in der Automobilzuliefererindustrie 251-mal zugegriffen, so Christoph Scheuplein. Der Sozialwissenschaftler vom Institut Arbeit und Technik (IAT) hat untersucht, wie sich diese Übernahmen aus Arbeitnehmersicht ausgewirkt haben. Den Ergebnissen zufolge sind die Arbeitsbeziehungen bei den betroffenen Unternehmen oft erheblichen Belastungen ausgesetzt. Es sei üblich, dass Finanzinvestoren in Entscheidungsstrukturen eingreifen und die „informellen Interaktionsstrukturen“ der Sozialpartner unterminieren. Unter Berufung auf finanzwirtschaftliche Kennzahlen und über hohe Schulden werde Druck ausgeübt, beim Umgang mit Betriebsräten seien juristische Auseinandersetzungen gang und gäbe, so der Wissenschaftler, der auch den jährlichen Private-Equity-Monitor für das I.M.U. der Hans-Böckler-Stiftung erstellt.

Scheuplein hat in den Jahren 2012 sowie 2016 und 2017 Betriebsräte von 36 Unternehmen in der Automobilzuliefererindustrie mit insgesamt 34 000 Beschäftigten interviewt, die zum Zeitpunkt der Befragung Beteiligungsgesellschaften als Eigentümer hatten. Das entspricht 39 Prozent aller Automobilzulieferer, die im Untersuchungszeitraum in der Hand von Finanzinvestoren waren, und 58 Prozent der betroffenen Arbeitnehmer. Mehr als die Hälfte der erfassten Unternehmen war mindestens zweimal Objekt von Übernahmen.

Der Auswertung zufolge streben Private-Equity-Gesellschaften meist direkten Einfluss auf die Steuerung der übernommenen Unternehmen an: Zwei Drittel der befragten Betriebsräte berichten von personellen Veränderungen im Vorstand. In einem Fall seien Führungskräfte bis hin zu den Produktions- und Schichtleitern ausgetauscht worden. Stellenweise habe man die Leitungen zwar im Amt belassen, ihnen vor Ort aber einen direkten Vertreter des Investors zur Seite gestellt. Die Mehrheit der Arbeitnehmervertreter habe den Wechsel als Bruch erlebt, der mit einem Autonomieverlust der Geschäftsleitung verbunden war. Den Interviews zufolge war das Management nach dem Umbau „eng mit dem Finanzinvestor verkoppelt“, „abhängig vom Investor“ oder „an der kurzen Leine“ und musste Entscheidungen in „lauter Rückschleifen“ mit der Beteiligungsgesellschaft treffen.

Auch viele Aufsichtsräte seien zu diesem Zweck neu besetzt worden, stellt Scheuplein fest. Rund zwei Drittel der Befragten berichten außerdem von regelmäßigen informellen Treffen zwischen dem Finanzinvestor und dem Vorstand. Zum Teil werde auf vorhandene, freiwillig eingerichtete Beiräte zurückgegriffen, in denen Gesellschafter und Geschäftsführung sich abstimmen. Normalerweise gehe es in solchen Gremien vor allem um Information, Beratung und Vernetzung. Mit der Übernahme gewinne die Kontrollfunk-

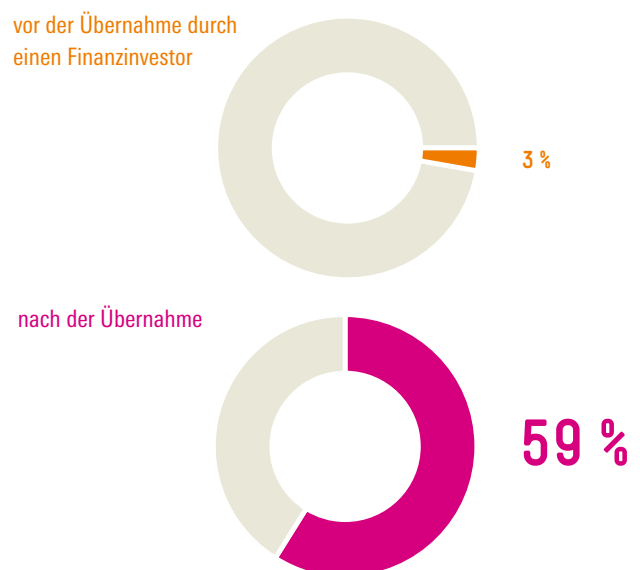
tion an Bedeutung: „Alles muss durch den Beirat“, so einer der befragten Betriebsräte. Ein anderer berichtet, der Vorsitzende des Gesellschafterbeirats sei der „wirklich starke Mann im Unternehmen“, mit dem es dem Investor gelinge „durchzuregieren“.

Da die freiwillig eingerichteten Beiräte nicht der gesetzlichen Mitbestimmung unterliegen, finden der Austausch von Informationen und die Entscheidungsfindung häufig ohne die Beschäftigten statt, so der Forscher. Der Finanzinvestor werde als wesentlicher Akteur etabliert, stehe als Verhandlungspartner aber nicht zur Verfügung. „Diese Leute bekommt man nicht zu Gesicht“, konstatiert ein Betriebsrat.

Gängig sei die Steuerung über finanzwirtschaftliche Kennzahlen, so der Autor. Zu entsprechenden Reorganisationen sei es bei drei Vierteln der untersuchten Übernahmen gekommen. Oft werde das gesamte Controlling-System überarbeitet, ein „straffes Reporting“ an Vorstand und Investor angeordnet. Viele der Befragten monieren, dass die finanzwirtschaftliche Steuerung alle anderen Strategien überlagert. Vor den Übernahmen waren nach Auskunft der Betriebsräte Finanzkennzahlen, die sich in der Regel auf eher kurzfristige Größen wie Quartalsergebnisse beziehen, nur für 3 Prozent der Unternehmen ein „ausschlaggebendes“ Teilziel, für 12 Prozent ein „wichtiges“. Nach der Übernahme waren sie für 59 Prozent ausschlaggebend und für ein Drittel wichtig. Die Mitarbeiterzufriedenheit war da-

Steuerung per Buchhaltung

Ein „ausschlaggebendes Teilziel“ sind Finanzkennzahlen für Unternehmen der Automobilzuliefererindustrie ...



Quelle: Scheuplein 2019 Grafik zum Download: bit.do/impuls1522

Hans Böckler Stiftung

gegen ursprünglich für 54 Prozent der Unternehmen ein wichtiges Ziel, nach dem Verkauf an einen Finanzinvestor nur noch für 12 Prozent. Innovationen waren vor der Übernahme für ein Drittel ausschlaggebend, danach für 7 Prozent. Den begrenzten Zeithorizont, der darin zum Ausdruck kommt, hält Scheuplein für ein grundlegendes Problem: „Da die Beteiligungsgesellschaft die Risiken nur bis zu einem geplanten Ausstieg abwägt, bedroht dies eine nachhaltige Unternehmensentwicklung.“

Ein weiteres Problem: Für eine Übernahme nehmen Beteiligungsgesellschaften oft Kredite auf, die sie anschließend auf das betroffene Unternehmen überwälzen, so der Wissenschaftler. Das erhöhe den Verschuldungsgrad – und diszipliniere alle Stakeholder: „Aufgrund der Erhöhung des Schuldenstands und der engen Liquiditätslage sind die Unternehmen in einem ständigen Zustand der Krise, während die Beschäftigten das unternehmerische Risiko tragen müssen.“ Drei Viertel der Betriebsräte berichten von über-

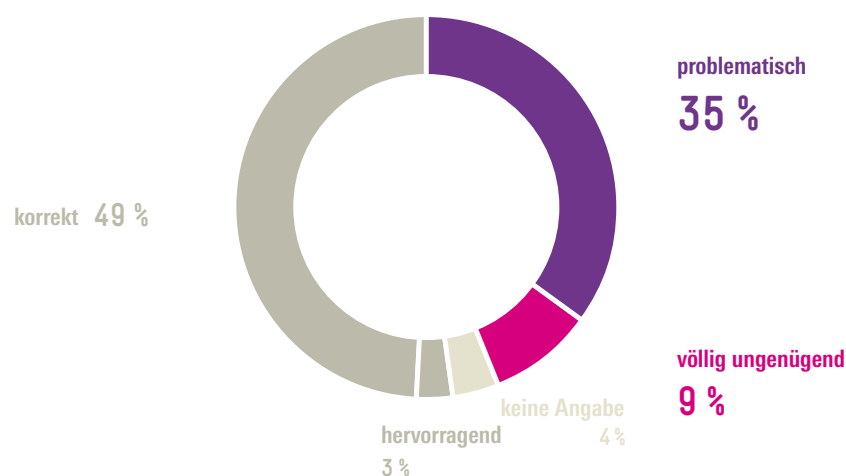
wälzten Schulden. Die Folge: Bei 55 Prozent kam es zu Kostensenkungsprogrammen und einer Verschlechterung der Arbeits- und Lohnbedingungen. Etwa ein Viertel der Befragten gibt an, dass mit der ersten Übernahme der bestehende Tarifvertrag zu Lasten der Beschäftigten verändert oder gekündigt wurde.

Bei der Zusammenarbeit zwischen Management und Arbeitnehmervertretern hakt es regelmäßig: Nur gut die Hälfte der Betriebsräte fühlt sich korrekt durch die Geschäftsführung informiert, 28 Prozent beurteilen die Informationspolitik als problematisch, 14 Prozent als ungenügend. Bei der Qualität der Kompromissbildung sieht es ähnlich aus. Als Gründe für den Verlust an partnerschaftlichem Miteinander nennt Scheuplein den begrenzten Zeithorizont der Investoren, die verringerte Entscheidungskompetenz des Managements und die Kontaktverweigerung der Beteiligungsgesellschaften.

Bei Konflikten würden immer wieder Rechtsanwälte eingeschaltet, manche Streitfälle landeten vor Gericht, so der IAT-Forscher. Vieles deutete darauf hin, dass die Finanzinvestoren rechtliche Auseinandersetzungen als Kollateralschaden in Kauf nehmen. In einigen Fällen würden sie aber auch als bewusste Zermürbungstaktik angewandt. Diese „Verrechtlichung der Konfliktpartnerschaft“ erlebten viele Arbeitnehmervertreter als Kulturbruch. Während die Investoren den Einsatz von Rechtsmitteln als legitimes Mittel der Konfrontation ansehen und darin erfahren sind, sei diese Konfliktform für viele Betriebsräte Neuland. Dass die Anforderungen an die Betriebsratsarbeit nach Ansicht von vier Fünfteln der Befragten gestiegen sind, dürfte auch damit zusammenhängen. <

Viele Finanzinvestoren suchen den Konflikt

Nach der Übernahme durch einen Finanzinvestor beurteilen Betriebsräte die Qualität der Kompromissfindung mit dem Management als ...

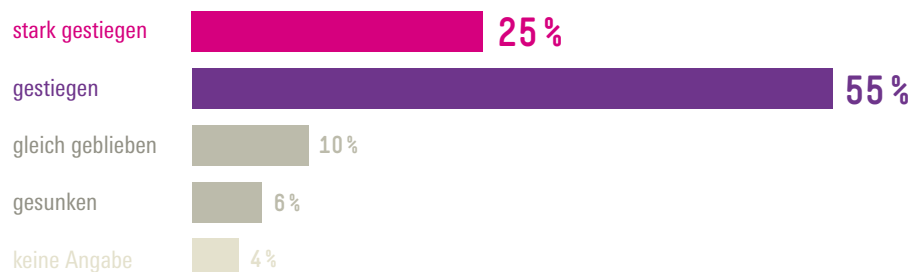


in Unternehmen der Automobilzulieferindustrie
Quelle: Scheuplein 2019 Grafik zum Download: bit.do/impuls1523

Hans Böckler
Stiftung

Übernahmen erschweren die Betriebsratsarbeit

Die Anforderungen an die Betriebsratsarbeit sind nach der Übernahme durch einen Finanzinvestor ...



in Unternehmen der Automobilzulieferindustrie
Quelle: Scheuplein 2019 Grafik zum Download: bit.do/impuls1524

Hans Böckler
Stiftung

Quelle: Christoph Scheuplein: Verhandlung ohne Gegenüber, Arbeit – Zeitschrift für Arbeitsforschung, Arbeitsgestaltung und Arbeitspolitik 1/2019

Europa soll mehr sein als ein Markt

Die EU leidet unter einem Mangel an Demokratie. Das hat verschiedene Gründe. Einer davon ist der nach aktueller Rechtslage kaum zu überwindende Vorrang der Wirtschaftsfreiheit gegenüber sozialen Anliegen.

Das Grundgesetz ist neutral. Es ist auf keine bestimmte Wirtschafts-ideologie festgelegt, es bevorzugt weder den Staat noch den Markt. Auf europäischer Ebene sieht das jedoch anders aus – was den Spielraum für soziale Politik erheblich einschränkt und zur Unzufriedenheit der Bürger mit der EU beitragen dürfte. Darauf macht WSI-Experte Daniel Seikel aufmerksam. Zwar gebe es auch eine Reihe anderer berechtigter Kritikpunkte an der EU, etwa die relative Machtlosigkeit des Parlaments oder die schwache demokratische Legitimation der Kommission. Doch ein „mindestens ebenso zentrales wie auch strukturelles Demokratieproblem“ sei die „Überkonstitutionalisierung des Binnenmarkts“. Gemeint sind damit die vier Marktfreiheiten, die nach und nach Verfassungsrang angenommen haben – weniger durch politische Entscheidungen als vielmehr durch eine lange Reihe von „Rechtsschöpfungsakten“ des Europäischen Gerichtshofs (EuGH), so Seikels Analyse.

Das Wettbewerbsrecht und die Grundfreiheiten, also Monopol- und Kartellkontrolle, das Verbot staatlicher Beihilfen, das Vergaberecht sowie die uneingeschränkte Mobilität von Kapital, Gütern, Dienstleistungen und Personen, sind Herzstück des Binnenmarktrechts, schreibt Seikel. Diese Instrumente seien „von ihrem Wesen her auf Marktschaffung und damit gegen (staatliche) Maßnahmen zur Marktbegrenzung“ ausgerichtet. Im Laufe der Zeit hätten die Grundfreiheiten eine dominierende Stellung erreicht. Faktisch habe dies zu einer Unterordnung sozialer Rechte unter die Wirtschaftsfreiheit geführt. Und dies bewirke eine „Beschneidung des demokratischen Gestaltungsspielraums“.

Regulierungsgegner sind immer im Vorteil

Wer etwa Gesetze zur Beschränkung transnationaler Lohnkonkurrenz erlassen wolle, werde vom EuGH regelmäßig zurückgepfiffen. Das habe sich etwa bei den Auseinandersetzungen um die Entsenderichtlinie gezeigt. Auch Tarifautonomie und Streikrecht seien in der Vergangenheit in Konflikt mit den Grundfreiheiten geraten. Einige Möglichkeiten für Unternehmen, die Mitbestimmung im Aufsichtsrat zu unterlaufen, sind eine Folge der EuGH-Interpretation der Niederlassungsfreiheit. Insgesamt ist der demokratische Wettbewerb um die „richtige“ Wirtschaftsordnung durch das Binnenmarktrecht laut Seikel stark

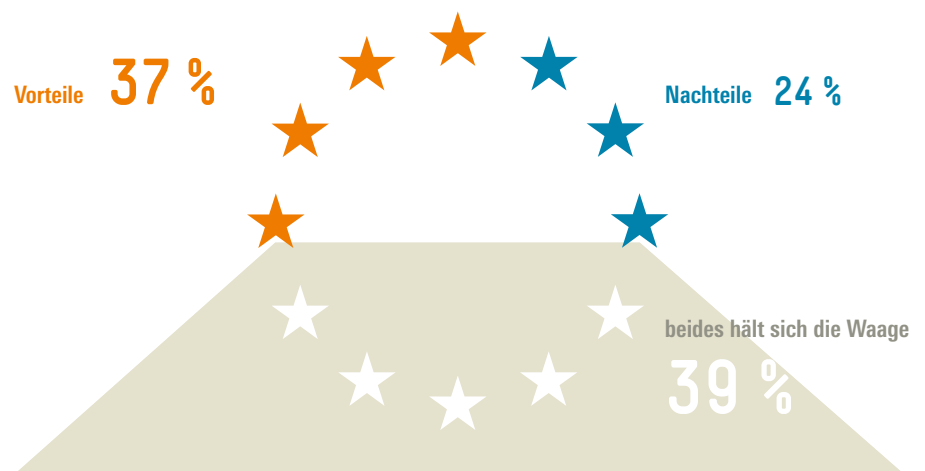
eingeschränkt. Zwischen Gegnern und Befürwortern regulierender Markteingriffe herrsche keine rechtliche „Waffengleichheit“.

Die Vorherrschaft von Markt und Wettbewerb beenden

Selbst wenn das EU-Parlament aufgewertet würde, hätte dies „nicht den Effekt, den es haben könnte“, solange dort nichts beschlossen werden könne, was die Dominanz der Grundfreiheiten beschränke, schreibt der WSI-Experte. Am besten wäre nach seiner Auffassung ein „konstitutioneller Neustart“ für die EU: eine Verfassung, die das Binnenmarktrecht eine Ebene niedriger ansiedelt und sicherstellt,

Keine Europa-Euphorie

Wahlberechtigte in Deutschland sagen, die EU hat für Deutschland ...



Quelle: Policy Matters 2019 Grafik zum Download: bit.do/impuls1525

Hans Böckler Stiftung

dass die Politik die Oberhand behält. Eine alternative Lösung, die der Europäische Gewerkschaftsbund vorgeschlagen hat, wäre eine Ergänzung der europäischen Verträge um ein „soziales Fortschrittsprotokoll“, das den sozialen Rechten einen grundsätzlichen Vorrang vor den Grundfreiheiten einräumt. Als dritte Möglichkeit könnten wenigstens Ausnahmereiche definiert werden, für die das Primat von Wettbewerbsrecht und Marktfreiheit nicht gilt. Darunter könnten etwa Tarifverhandlungen und Streiks fallen. Dies würde Europa voranbringen und die Akzeptanz der EU erhöhen, ist sich Seikel sicher. <

Quelle: Daniel Seikel: Das übersehene Demokratiedefizit, WSI-Mitteilungen 2/2019

Mehr Jobs, aber schlechtere

Die EU hat sich bis heute nicht von der Finanzkrise erholt. Zwar haben viele, die damals ihre Arbeit verloren, wieder einen Job gefunden – doch oft einen schlechteren als früher.

Die jüngste Finanzkrise ist nicht ausgestanden. Darauf macht das Europäische Gewerkschaftsinstitut ETUI in seinem jüngsten Report zur Lage der Arbeitnehmer in Europa aufmerksam. Zwar sei die Zahl der Beschäftigten im Durchschnitt wieder beim Vorkrisenniveau angelangt. Allerdings habe sich die Qualität der Arbeit vielerorts deutlich verschlechtert. An die Stelle sozial abgesicherter Standardarbeitsplätze seine häufig Zeitarbeit, Jobs mit geringer Stundenzahl, Auftrags- oder Plattformarbeit getreten. Lohnungleichheit und Armut trotz Arbeit haben zugenommen. In zehn Mitgliedsstaaten liegen die Reallöhne heute niedriger oder genauso hoch wie 2009. In 15 Ländern hinken die

Löhne der Produktivitätsentwicklung hinterher. Das heißt, Arbeitnehmer „bekamen keinen fairen Anteil am Wohlstand, den sie zu erzeugen geholfen haben“, so die Untersuchung.

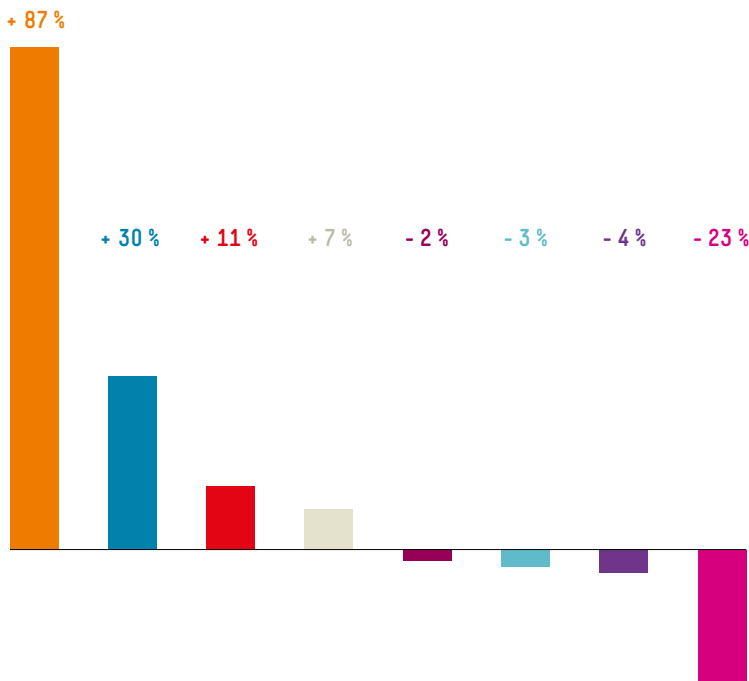
Besser ausgebildet, schlechter bezahlt

Zudem konstatiert der Bericht eine Polarisierung entlang geografischer Grenzen: Gerade, die von der Krise am stärksten betroffenen Länder verzeichnen nur ein niedriges Produktivitätswachstum. Die EU entwickle sich damit keineswegs als Ganze in Richtung einer wissensbasierten Ökonomie. Obwohl das Ausbildungsniveau der Arbeitneh-

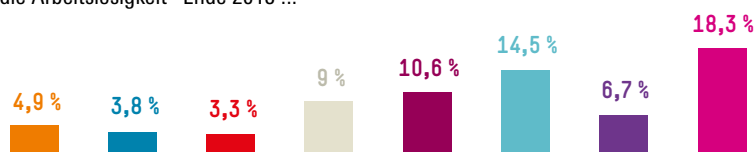
Europa: Die Krise ist nicht überwunden

So entwickelten sich die Reallöhne von 2009 bis 2018 in ...

Bulgarien Polen Deutschland Frankreich Italien Spanien Portugal Griechenland



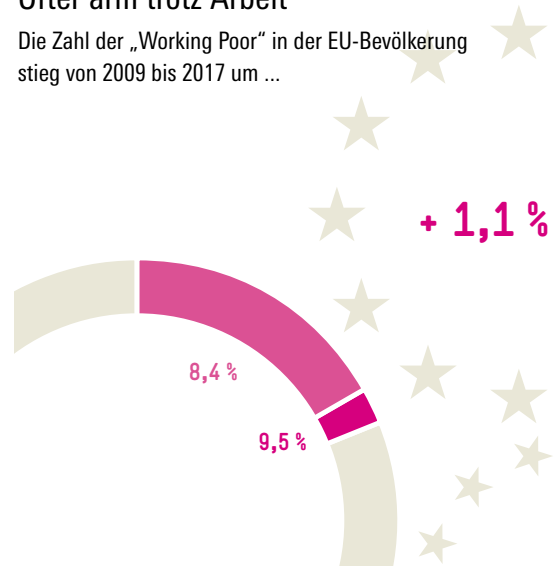
So hoch war im jeweiligen Land die Arbeitslosigkeit* Ende 2018 ...



* Anteil aller unbeschäftigten, aktiv Arbeitssuchenden an den 15- bis 74-Jährigen
 Quellen: Ameco, Eurostat 2019 Grafik zum Download: bit.do/impuls1526

Öfter arm trotz Arbeit

Die Zahl der „Working Poor“ in der EU-Bevölkerung stieg von 2009 bis 2017 um ...



Quelle: Eurostat 2019 Grafik zum Download: bit.do/impuls1527 Hans Böckler Stiftung

mer steige, bekämen sie oft schlechtere Jobs angeboten. Vor allem Stellen in der Industrie sind weggefallen. Neue Arbeitsplätze entstehen dagegen im Dienstleistungssektor.

Um die Ungleichheiten in und zwischen den Ländern abzubauen, ist es den Autoren zufolge nötig, Arbeitsmärkte neu zu regulieren und aufgeweichte Tarifsysteime wieder zu stärken. <

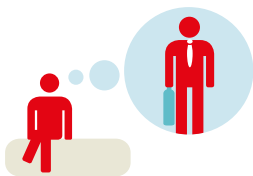
Quelle: ETUI: Benchmarking Working Europe 2019, März 2019
 Download: bit.do/impuls1528

IMPRESSUM

Herausgeber: Hans-Böckler-Stiftung
Hans-Böckler-Straße 39, 40476 Düsseldorf, Telefon: +49 211 77 78-0
Verantwortlich: Michael Guggemos, Geschäftsführer der Hans-Böckler-Stiftung
Leiter Öffentlichkeitsarbeit: Rainer Jung
Redaktion: Dr. Philipp Wolter (Leitung), Jörg Hackhausen
Dr. Kai Kühne, Sabrina Böckermann
redaktion-impuls@boeckler.de
Telefon: +49 211 77 78-631, Telefax: +49 211 77 78-4631
Druck und Versand: Setzkasten GmbH, Kreuzbergstraße 56, 40489 Düsseldorf
Nachdruck nach Absprache mit der Redaktion und unter Angabe der Quelle frei
www.boecklerimpuls.de

ARBEITSMARKT

Jugendliche achten auf Anerkennung



Bei der Berufswahl spielt für viele Jugendliche eine große Rolle, wie viel soziale Anerkennung sie sich von ihrer künftigen Arbeit versprechen. Die Befürchtung, dass bestimmte

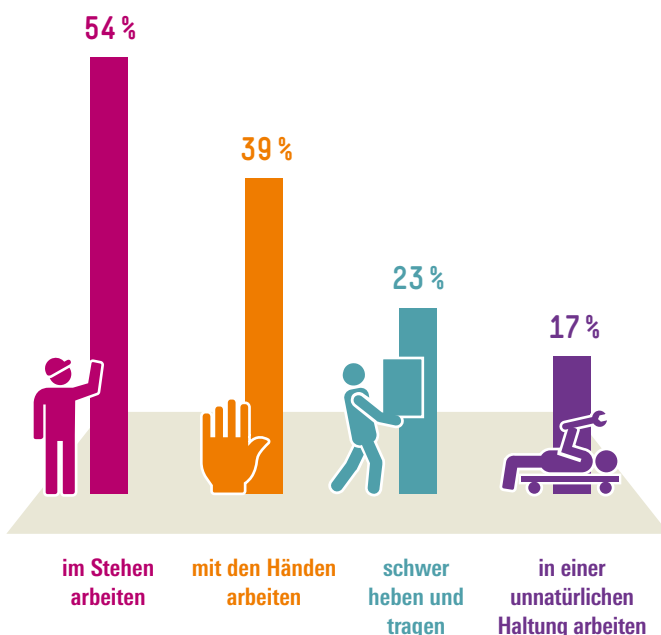
Berufe in ihrem sozialen Umfeld, insbesondere bei ihren Eltern und im Freundeskreis, nicht gut ankommen, führt dazu, dass die Jugendlichen sie gar nicht erst in die Berufswahl einbeziehen – und zwar auch dann, wenn die Tätigkeiten mit ihren eigenen Interessen übereinstimmen. Darüber hinaus können ungünstige Rahmenbedingungen während der Ausbildung oder ungünstige Arbeitsbedingungen Gründe dafür sein, einen als interessant wahrgenommenen Beruf auszuschließen. Das ist das Ergebnis einer Studie aus dem Forschungsprojekt „Bildungsorientierungen“ des Bundesinstituts für Berufsbildung.

Quelle: BIBB, März 2019 bit.do/impuls1529

ARBEITSWELT

Körperliche Arbeit noch weit verbreitet

Von den Erwerbstätigen müssen häufig ...

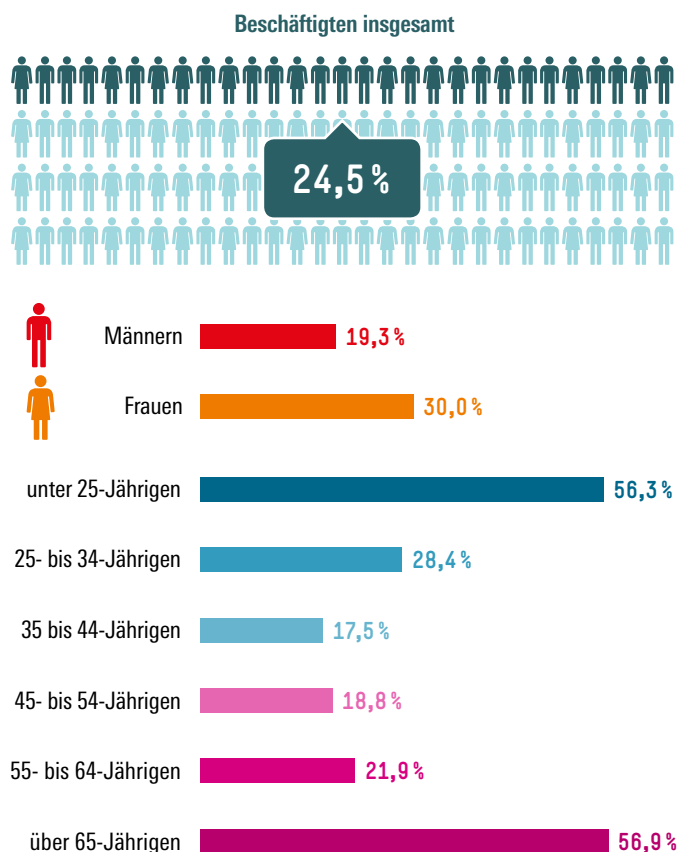


Quelle: BAuA, März 2019 bit.do/impuls1530

EINKOMMEN

Junge und Alte häufig im Niedriglohnsektor

Für einen Niedriglohn* arbeiten von den ...



* Bruttostundenlohn geringer als zwei Drittel des mittleren Lohns aller Beschäftigten

Quelle: DIW, April 2019 bit.do/impuls1531

UNGLEICHHEIT

Kinder gebildeter Eltern leben länger

Die Ungleichheit in der Bildung der Eltern wirkt sich auch noch auf die Lebenserwartung der Kinder aus, wie eine Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung zeigt: Hat die Mutter mindestens einen Realschulabschluss, leben ihre Kinder im Alter ab 65 Jahren im Durchschnitt zwei Jahre länger als Personen, deren Mutter höchstens einen Volksschulabschluss hat – vor allem deshalb, weil höher gebildete Mütter auf eine gesündere Lebensweise ihrer Kinder hinwirken.

Quelle: DIW, März 2019 bit.do/impuls1532